



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 135

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse /fvobla@fvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/volksblatt



JUGEND-EXTRA

Die Droge Ecstasy

Rund 70 000 Schweizer haben Erfahrung mit Ecstasy. Massnahmen bei Technoveranstaltungen empfohlen. Seite 9



RELIGION-EXTRA

«Rom ist verantwortlich»

Nach Ansicht des abgesetzten Bischof von Evreux Jacques Gaillot ist die Kirche Schweiz in einer heiklen Situation. Seite 8

TAGESSCHAU

Hilfe aus Liechtenstein

70 000 Franken stehen von der liechtensteinischen Regierung aus für Sonderhilfeprogramme des Internationalen Roten Kreuzes zur Verfügung. Sie werden für Afghanistan, Albanien, Ruanda, Sierre Leone und Sri Lanka verwendet. Seite 2

Erdgas im Vormarsch

Das Erdgas hat im letzten Jahr seine Stellung als Energieträger in Liechtenstein weiter gefestigt. Gemäss soeben veröffentlichtem Geschäftsbericht 1996 der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) stieg die Erdgas-Nachfrage im Vorjahresvergleich um 14,4 % an. Die Zahl der Gasbezügler erhöhte sich um 186 auf 1584. Das Erdgasnetz wurde bis zum Jahresende um 12 auf 203,7 Kilometer ausgeweitet. Die Jahresrechnung 1996 der LGV schloss mit einem Reingewinn von fast 821 000 Franken ab. Seite 3

Schweiz bereitet in Russland Terrain vor

BERN: Die Russland-Hilfe konzentriert sich künftig vermehrt auf wirtschaftliche Beziehungen. Dadurch soll Privaten das Terrain geebnet werden, sagte Staatssekretär Blankart an der Jahrestagung der Osteuropa-Zusammenarbeit. Bundesrat Cotti bezeichnete Russland als glaubwürdigen und gleichgestellten Partner des Westens. Aussenminister Flavio Cotti lobte die Zusammenarbeit mit dem heutigen Russland, die nicht mehr wie früher «überschattet» sei von einer ideologischen und politischen Kluft. Die relativ bescheidene finanzielle Unterstützung aus der Schweiz - 1996 waren es rund 17 Millionen Franken - sei nicht etwa nur ein Tropfen auf den heissen Stein, sagte Cotti an der Tagung, zu der die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und das Bundesamt für Aussenwirtschaft (Bawi) eingeladen hatten. (AP)

Idealismus gefragt

Anfang Juli finden in St. Gallen die 34. Internationalen Berufswettbewerbe statt. Ewald Kranz vertrat Liechtenstein 1968. Ein Interview. Seite 4

Delamuraz präsidiert Efta-Ministerkonferenz

BERN: Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz wird als Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) die nächste Ministertagung der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) präsidiieren. Die Konferenz findet am kommenden Donnerstag und Freitag in Genf statt. Die Minister der vier Efta-Staaten Norwegen, Island, Liechtenstein und Schweiz werden sich mit der Zusammenarbeit innerhalb der Efta befassen und die Kooperation mit der EU sowie die Beziehungen zu Drittländern erörtern. Wie das EVD weiter mitteilte, sollen an der Tagung zudem ein Freihandelsabkommen zwischen der Efta und Marokko sowie Zusammenarbeiterklärungen mit Jordanien und Libanon unterzeichnet werden. (AP)

Vorstösse der Opposition

Der Landtag hat heute und morgen ein umfangreiches Traktandum zu bewältigen

Zentraler Punkt in der letzten zweitägigen Landtagsitzung vor der Sommerpause, die heute und morgen stattfindet, bildet die Behandlung des Rechenschaftsberichtes der Regierung und die Genehmigung der Landesrechnung 1996.

Eine Neuerung in der geänderten Regierungskonstellation stellen die zahlreicher gewordenen parlamentarischen Vorstösse dar, die für die Opposition ein indirektes Mittel zur Kontrolle der Regierung sind. Die Thematik der Postulate und Interpellationen, die an die Regierung zur Beantwortung übergeben werden, geben Hinweise darauf, dass Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen besteht. Die Regierung wird

aufgefordert, Auskunft zu geben über den Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit den im vergangenen Herbst bekanntgewordenen unberechtigten Subventionszahlungen an Krankenkassen.

Fragen an die Regierung

Nachdem Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter in der Öffentlichkeit erklärt hatte, dass er die «politische Verantwortung» für diesen Subventionen-Fall in Millionen-Höhe übernehme, drangen keine Informationen mehr an die Öffentlichkeit. Auch über die von Ritter angebotene «gute Lösung» bei der Sanierung der Liechtensteinischen Krankenkasse verlautete seit geraumer Zeit nichts mehr, weshalb die über eine Interpellation gestellten Fragen an die Regierung in hohem Masse

von Interesse für die Öffentlichkeit sind. Konkrete Aussagen erwarten FBPL-Abgeordnete auch über die Absichten der Regierung für die Errichtung eines zweiten Schulzentrums im Unterland, nachdem sich in letzter Zeit bei diesem Projekt nichts mehr bewegte. Eine klare Stellungnahme der Regierung verlangen ebenso die beiden FL-Abgeordneten hinsichtlich der Problematik des zur Umfahrung der Stadt Feldkirch geplanten Letzetunnels und der Vereinbarkeit dieser Planung mit den Bestimmungen der auch von Österreich unterzeichneten Alpenkonvention.

Beschäftigung der Regierung

Eine ganz andere Qualität für den Landtag hat das Traktandum «Beschäftigungsgrad der Regierungsmglieder». Während noch vor kurzem

die fünfköpfige Regierung aus zwei vollamtlichen und drei nebenamtlichen Regierungsmgliedern bestand, setzt sich die im April neugebildete VU-Regierung aus vier vollamtlichen Regierungsmgliedern und nur einem nebenamtlichen Regierungsrat zusammen. Die sonstige Tätigkeit von Regierungsrat Heinz Frommelt als Mitinhaber einer Rechtsanwaltskanzlei wirft Fragen über die Vereinbarkeit mit seiner Regierungsverantwortung für das Ressort Justiz auf. Obwohl bei der Bildung der neuen Regierung gewisse Zuständigkeiten aus dem Justizressort herausgenommen und in das Ressort Präsidium integriert wurden, bleibt als wesentlichster sensibler Bereich die internationale Rechtshilfe übrig - und gerade hier sollten Interessenkollisionen vermieden werden. Günther Meier



21. SEPTEMBER 1997

Autofreier Sonntag

Auch in diesem Jahr wird es einen autofreien Sonntag geben. Die Regierung hat dafür gestern einen Kredit von 20000 Franken bewilligt. Das Datum wurde auf den 21. September 1997 festgesetzt, weil an diesem Sonntag, wie Ressortinhaber Dr. Norbert Marxer am gestrigen Pressegespräch der Regierung sagte, auch die Kantone Appenzell, St. Gallen und Thurgau einen autofreien Tag geplant haben. Aus Vorarlberg sei in dieser Hinsicht bislang nichts bekannt, die liechtensteinische Regierung habe jedoch den Wunsch geäußert, dass unser Nachbarland allfällige Aktionen ebenfalls am 21. September durchführen soll. Der bewilligte Kredit wird für begleitende Veranstaltungen sowie für Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet. Vorgesehen ist, dass Gemeinden, Ämter und Vereinigungen im Rahmen der Vorjahre wiederum gemeinsame Aktionen und Aktivitäten planen. (se)

«Brennpunkt Alpen»

Sommer-Akademie 1998 in Liechtenstein

Unter dem Titel «Brennpunkt Alpen, wird 1998 in Liechtenstein eine Sommerakademie zu alpenspezifischen Themen angeboten. Das Nachdiplom-Studium wird von Fachhochschule LIS und der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA veranstaltet.

Die Regierung hat das Konzept der LIS-Fachhochschule und der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA über den Aufbau einer Sommer-Akademie in Liechtenstein für Nachwuchskräfte aus Forschung, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden zur Verfügung stehen. Die Alpen sind das grösste und das am stärksten durch menschliche Nutzungsansprüche belastete Hochgebirge Europas. Alpenschutz ist zu einer Überlebensfrage für ganze Regionen in den Alpen geworden. Dabei ist die Definition von Strategien, die Schutz und nachhaltige Entwicklung miteinander verbinden, immer stärker in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. (G.M.)

sind Nachwuchskräfte aus Forschung, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden. Die Ausbildung soll zur Verbesserung der postgraduierten Weiterbildung zu den wichtigsten umweltrelevanten Problemen im Alpenraum beitragen. Erstmals wird damit in diesem Bereich eine Weiterbildungs-Plattform für eine sieben Staaten einschliessende grenzüberschreitende europäische Grossregion zur Verfügung stehen. Die Alpen sind das grösste und das am stärksten durch menschliche Nutzungsansprüche belastete Hochgebirge Europas. Alpenschutz ist zu einer Überlebensfrage für ganze Regionen in den Alpen geworden.

Dabei ist die Definition von Strategien, die Schutz und nachhaltige Entwicklung miteinander verbinden, immer stärker in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. (G.M.)

Beamten-Freispruch

Entscheidung des Obersten Gerichtshofes

Zwei Staatsangestellte, die der Täuschung angeklagt wurden, weil sie sich gegenseitig die Arbeitszeit gestempelt hatten, sind freigesprochen worden. Der Oberste Gerichtshof fällt in letzter Instanz das endgültige Urteil.

Nach Angaben des Anwalts der beiden Angeklagten, Dr. Rainer Ospelt und Martin Gralla, hat sich der Oberste Gerichtshof vollinhaltlich der Rechtsmeinung des Obergerichtes angeschlossen, wonach die gegenseitige Stempelung kein Straftatbestand sei und demnach nur disziplinar geahndet werden könne.

Strafrechtlich sei der «Fall Ospelt/Gralla» damit endgültig erledigt. Allerdings ist noch ein Disziplinarverfahren unerledigt. Gegen die Entscheidung der Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) in dieser An-

gelegenheit reichten die Angeklagten eine Beschwerde beim Staatsgerichtshof ein. Nach Auffassung des Rechtsanwaltes ist dieser definitive Freispruch indirekt für das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof von Bedeutung.

Die Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) räume zwar ein, dass die für eine Entlassung im Gesetz zwingend vorgeschriebene Abmahnung nie erfolgt sei, vertrete aber die Meinung, dass bei besonders schwerwiegenden Rechtsbrüchen eine Entlassung auch ohne eine solche Abmahnung möglich sein müsse und daher diesbezüglich eine Gesetzeslücke bestehe.

«Von einem schwerwiegenden Rechtsbruch kann jedoch nach diesem definitiven Freispruch nicht mehr die Rede sein», gibt sich Anwalt Dr. Jörg Frey überzeugt. (G.M.)

REKLAME

Unser Sommerhit!
Wildseiden-Duvel
160 x 210
für nur **Fr. 99.-**

Hilti Möbel
Raumgestaltungs AG
9494 Schaan - Tel. 232 23 00